Inhaltsverzeichnis

Teil 1. Einleitung 1

A. Anlass, Gegenstand und Ziel der Untersuchung 1
B. Eingrenzung des Gegenstands 4
C. Gang der Untersuchung 4
D. Thesen 5
E. Begriffsklärungen 6
   I. Schutzrecht, Schutzpflicht und Schutzanspruch 6
   II. Spruchkörper, Spruchaussagen und Rechtsprechung 7
   III. Rechte und Rechtsgüter 8

Teil 2. Normstruktur völkerrechtlicher Schutzrechte 9

A. Einleitung 9
B. Normtheoretische Betrachtungen zu der Konstruktionsmöglichkeit und der Normzugehörigkeit völkerrechtlicher Schutzrechte 10
   I. Überlegungen zu der Konstruktionsmöglichkeit völkerrechtlicher Schutzrechte 10
      1. Unterscheidung von Innen- und Außentheorie: Außentheorie als Erklärungsansatz für die Struktur völkerrechtlicher Schutzrechte 10
      2. Folgen für die vorliegende Untersuchung (die Schutzpflichtendogmatik) 13
   II. Zur Bedeutung einer Unterscheidung von „Regel“ und „Prinzip“ im Recht: Zuordnung völkerrechtlicher Schutzrechte 14
      1. Eingrenzung der zu behandelnden theoretischen Fragen 14
      2. Begriffe „Regel“ und „Prinzip“ sowie zu den Trennungstheorien und der Übereinstimmungstheorie 15
      3. Völkerrechtliche Schutzrechte sind Prinzipien 17
      4. Der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit: Ein (beschränkendes) Prinzip 21

5. Folgen für die vorliegende Untersuchung (die Schutzpflichtendogmatik) ... 22
C. Übertragbarkeit von nationalen Rechtserkenntnissen auf die völkerrechtliche Schutzpflichtendogmatik ... 23
I. Übertragbarkeit von nationalem Rechtswissen ... 23
II. Grenzen der Übertragbarkeit ... 26

Teil 3. Schutzpflichten im Völkerrecht: Darstellung anhand ausgewählter Menschenrechtsverträge ... 27

Kapitel 1. Grundlagen und allgemeine Lehren ... 27
A. Einführung in die Problematik des dritten Teils ... 27
I. Zielsetzung ... 27
II. Gang der Untersuchung ... 29
III. Eingrenzung des Gegenstands ... 30
IV. Zur dogmatischen Vorgehensweise in Teil 3 ... 31
B. Begriffe „Schutzrecht“ und „Schutzpflicht“ und ihre Abgrenzung zu ähnlichen Funktionen der Menschenrechte ... 34
I. Schutzrechte und „Schutzpflichten im engeren Sinn“ ... 35
1. Begriffe ... 35
2. Inhalt ... 36
II. Abgrenzung zu weiteren Funktionen der Menschenrechte ... 36
1. Positive Verpflichtungen (positive Handlungspflichten) ... 36
a. Begriff ... 36
b. Notwendigkeit einer Abgrenzung von „positiven Verpflichtungen“ und Schutzpflichten ... 38
2. Abwehrrechte ... 39
3. Teilhaberechte (Leistungsrechte) ... 40
4. Verfahrensrechte und verfahrensrechtliche Elemente ... 40
5. Einrichtungs-, Instituts- sowie institutionelle Garantien ... 41
III. „Staatliche Handlungen mit Doppelcharakter“ ... 42
C. Exkurs: „(Un-)mittelbare Drittwirkung“ im Völkerrecht ... 44
I. Unmittelbare (direkte) Drittwirkung ... 45
II. Mittelbare (indirekte) Drittwirkung ... 46
D. Staatlicher Spielraum im Völkerrecht ... 47
I. Ursprung ... 47
II. „Beurteilungs-“ und „Ermessensspielraum“: Begriffe und Abgrenzung ... 49
III. Inhalt ... 50

IV. Grenzen ... 51
V. Kontrolle ... 52
E. Auslegungsmethoden im Rahmen völkerrechtlicher Verträge ... 53
I. Allgemeine Auslegungsregeln im Rahmen völkerrechtlicher Verträge ... 54
II. Besonderheiten bei der Auslegung menschenrechtlicher Verträge ... 54
1. Besonderheiten bei der Berücksichtigung von Ziel und Zweck ... 55
a. Objektiv-rechtliche Auslegung ... 55
b. Effektive Auslegung (*effet utile*) ... 57
c. Dynamische Auslegung ... 59
d. Folgen kombiniert dynamisch-effektiver Auslegung für die völkerrechtliche Schutzpflichtendogmatik ... 60
2. Besonderheiten aufgrund des historischen Willens (*travaux préparatoires*) ... 61
3. Besonderheiten bei einem Vergleich zu anderen Menschenrechtskonventionen ... 63
a. Dogmatischer Ansatz ... 63
b. Folgen für die völkerrechtliche Schutzpflichtendogmatik ... 64
4. Autonome Interpretation ... 64
a. Dogmatischer Ansatz ... 64
b. Folgen für die völkerrechtliche Schutzpflichtendogmatik ... 66
III. Grenzen der Auslegung, insbesondere „staatlicher Minimalkonsens“ und Rechtsfindung *contra legem* ... 66
1. Konsensprinzip ... 66
a. Grundsatz ... 66
b. Maß des staatlichen Konsenses ... 67
c. Ausnahme ... 69
d. Folgen für staatliche Spielräume ... 70
2. Verbot einer Rechtsfindung *contra legem* ... 71
3. Folgen für die völkerrechtliche Schutzpflichtendogmatik ... 72

Kapitel 2. Rechtsgrund völkerrechtlicher Schutzrechte ... 73

A. Rechtsnatur völkerrechtlicher Schutzrechte ... 73
I. Rechtsquellen des Völkerrechts ... 73

II. Folgen für die Rechtsnatur völkerrechtlicher Schutzrechte ... 74
B. Ausgewählte Menschenrechtsverträge ... 77
I. EMRK ... 78
II. IPbpR ... 80
III. AMRK ... 84
C. Die Herleitung von Schutzrechten ... 87
I. Exkurs: Schutzrechte und -pflichten im deutschen Verfassungsrecht ... 87
1. Genese der Schutzpflichtenlehre in der Bundesrepublik Deutschland ... 88
a. Staatstheoretische Begründungsansätze seit der Neuzeit ... 88
b. Aussagen im Grundgesetz ... 91
c. Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts ... 92
aa. Herleitung ... 92
bb. Inhalt ... 93
d. Literaturstimmen ... 94
e. Folgen ... 95
2. Übertragbarkeit nationaler Ansätze zur Herleitung von Schutzrechten auf das Völkerrecht? ... 96
a. Ableitung von Schutzrechten aus der Menschenwürde, bzw. den völkerrechtlichen Folterverbotstatbeständen ... 97
b. Ableitung von Schutzrechten aus dem Recht auf Leben bzw. dem jeweils erstgenannten materiellen Konventionsrecht ... 98
c. Ableitung von Schutzrechten aus den Menschenrechten als objektiver Ordnung ... 99
d. Ableitung von Schutzrechten aus einem völkerrechtlichen „Recht auf Sicherheit“ ... 99
e. Ableitung aufgrund eines Präambelverweises ... 100
f. Ableitung anhand staatstheoretischer Gründe ... 100
g. „Abwehrrechtliche Lösung“: Völkerrechtliche Schutzrechte als Unterfall völkerrechtlicher Abwehrrechte ... 101
h. Ableitung von Schutzrechten aus dem „Drittrichtungscharakter“ von Menschenrechten ... 102
i. Ergebnis zur Übertragbarkeit nationaler Ableitungsansätze auf das Völkerrecht ... 103
II. Herleitung von Schutzrechten im Völkerrecht ... 104
1. Begründungsansätze für die EMRK ... 104

a. Konventionstext 104
b. Rechtsprechung und Beratende Versammlung 105
c. Lehre 110
2. Begründungsansätze für den IPbpR 111
a. Konventionstext 111
b. Spruchpraxis 112
c. Lehre 113
3. Begründungsansätze für die AMRK 113
a. Konventionstext 113
b. Rechtsprechung und sonstige Spruchpraxis 114
c. Lehre 116
III. Stellungnahme: Allgemeiner Ableitungsansatz für sämtliche konventionelle Schutzrechte 117
D. Zur Möglichkeit staatlicher Schutzrechte bei jedem Menschenrecht 120

Kapitel 3. Tatbestandsvoraussetzungen völkerrechtlicher Schutzrechte 121

A. Allgemeine Tatbestandsmerkmale völkerrechtlicher Schutzrechte 122
I. Kein staatlich zurechenbarer Eingriff als negative Voraussetzung 122
1. Begrifflichkeiten: Handlung, Zurechnung und Eingriff 123
2. Abgrenzung der Dimensionen durch die Merkmale „Eingriff“ und „Übergriff“ 124
3. Zurechnung 125
a. Begriff und Konzept 125
b. Rechtsgrundlage ILC-Entwurf 125
c. Inhalt gemäß Art. 5 bis 15 ILC-Entwurf 126
aa. Grundsatz der Zurechnung 126
bb. Zurechnung ungeachtet der Stellung im Staatsaufbau (Art. 6 ILC-Entwurf) 126
cc. Zurechnung bei föderalem Staatsaufbau (Art. 7 ILC-Entwurf) 126
dd. Zurechnung bei faktisch staatlichem (*de facto*) Handeln (Art. 8 ILC-Entwurf) 127
(1) Zurechnungsregel 127
(2) Zur Möglichkeit der Entwicklung neuer Fallgruppen 128

ee. Zurechnung bei staatlichem Organhandeln *ultra vires* (Art. 10 ILC-Entwurf) ... 128
d. Zur Frage der Grenzen staatlicher Zurechnung ... 129
e. Entwicklung weiterer Zurechnungskriterien durch die Spruchpraxis? ... 129
4. Vorgehensweise bei durch drittstaatliches Organhandeln oder eine konventionswidrige Situation verursachten Beeinträchtigungen ... 130
II. Beeinträchtigtes Individuum (Handlungsobjekt) ... 131
1. Schutzgüter ... 131
2. Anwendbarkeit von konventionellen Menschenrechten ... 131
3. Eröffnung des Anwendungsbereichs eines konkreten Schutzrechts ... 131
a. Handlungsobjekt Individuum ... 132
b. Geschütztes Recht, Ausschluss staatsbezogener Rechte ... 133
c. Zeitpunkt der Rechtsbeeinträchtigung („Koinzidenzprinzip") ... 134
d. Möglichkeit der Entwicklung von „Rahmenrechten"? ... 135
e. Bedeutung des Rechts ... 136
III. „Übergriff" als Ursache einer Beeinträchtigung ... 137
1. Begriff des „Übergriffs" ... 137
2. Mögliche Verursacher und Ursachen eines Übergriffs ... 138
a. Nichthoheitlich handelnde Individuen („privat handelnde Dritte") ... 139
b. Handlungen von Organen nicht konventionsgebundener Drittstaaten ... 140
c. Konventionswidrige Situation ... 141
aa. Erfasste Sachverhalte ... 141
bb. Konventionswidrige Situation, hervorgerufen durch tatsächliche Umstände ... 142
(1) Inhalt des Begriffs: Zwei Unterkategorien ... 142
(2) Grenzen ... 145
(3) Wertungsgesichtspunkte: Kausalität und völkerrechtliche Adäquanz ... 146
cc. Konventionswidrige Situation, hervorgerufen durch rechtliche Umstände ... 146
3. Exkurs: Einordnung von Fällen, die „Schutzmaßnahmen bei konventionswidriger Rechtslage" erfordern ... 148

4. Notwendigkeit einer Abgrenzung der drei Übergriffsformen? 150
IV. Beeinträchtigung eines Rechts („Taterfolg") 150
1. Begriffe „Taterfolg" und „Beeinträchtigung" sowie zur Notwendigkeit dieses allgemeinen Tatbestandsmerkmals 150
2. Mögliche Formen der Beeinträchtigung eines Schutzrechts: Rechtsverletzung und -gefährdung 152
a. Begriffliche Abgrenzung von „Rechtsverletzung" und „Schutzpflichtverletzung" 152
b. „Verletzung" eines Rechts 153
c. Zu der Möglichkeit der „Gefährdung" eines Rechts sowie der Notwendigkeit einer Drei-Schritt-Prüfung 153
d. Drei-Schritt-Prüfung 154
aa. 1. Stufe: Generelle Zulässigkeit 154
bb. 2. Stufe: Ermittlung der Gefahrenart 156
(1) Gefahrenermittlung anhand des Grades an Wahrscheinlichkeit 156
(2) Gefahr(enstufen) und Risiko 159
(a) Konkrete Gefahr 159
(b) Anscheinsgefahr 160
(c) Gefahrverdacht 161
(d) Scheingefahr (Putativgefahr)? 162
(e) Risiko und abstrakte Gefahr 162
(3) Zeitpunkt der Gefahrenprognose *ex-ante* und *ex-post* 163
(4) Belästigungen und Bagatellen 163
(5) Keine Erforderlichkeit subjektiver Elemente bei Gefährdungen 165
cc. 3. Stufe: Prüfung jedes Menschenrechts jeder Konvention und im Einzelfall 166
V. Kausalität zwischen Übergriff und Taterfolg 169
1. Problemaufriss und Spruchpraxis 169
2. Kausalitätslehren 171
VI. „Völkerrechtliche Adäquanztheorie" 174
1. Allgemeines 174
2. Fallgruppen und Wertungsgesichtspunkte 175
3. Zuordnung scheinbarer Eingriffsfälle, Fallbeispiele und rechtliche Bewertung 177
VII. „Völkerrechtliche Garantenschutzpflicht" 182

1. Problemaufriss; sowie zur Notwendigkeit einer völkerrechtlichen Garanten*schutz*pflicht 182
2. Abgrenzung zu der Garantenpflicht des deutschen Strafrechts 183
3. Abgrenzung zu der völkerrechtlichen Garantenpflicht... 184
4. Begriff der völkerrechtlichen Garantenschutzpflicht 184
5. Inhalt der Garantenschutzpflicht 185
a. Völkerrechtliche „Beschützer- und Überwachergaranten": Inhaltsbestimmung durch Fallgruppenbildung 185
b. Fallgruppen „völkerrechtlicher Beschützergaranten" 185
c. Fallgruppen „völkerrechtlicher Überwachergaranten" 186
VIII. Schutzrechte auslösende Dreieckskonstellation („Tatsituation") als allgemeines Tatbestandsmerkmal? 187
IX. Intensität als allgemeines Tatbestandsmerkmal? 188
X. Sorgfaltspflichtverletzung (Verschulden) als allgemeines Tatbestandsmerkmal? 189
XI. „Fehlende Rechtfertigung" (Rechtswidrigkeit) als allgemeines Tatbestandsmerkmal? 194
XII. Schaden als allgemeines Tatbestandsmerkmal? 195
B. Besondere Tatbestandsmerkmale völkerrechtlicher Schutzrechte 196

Kapitel 4. Schutzpflichten – Eine Bestandsaufnahme der menschenrechtlichen Spruchpraxis (Kasuistik) 201

A. Einleitung 201
B. Rechtsgebilde „Staat" als Adressat der Schutzpflicht 203
C. Der Begriff der „Verletzung" einer staatlichen Schutzpflicht 205
D. Schutzpflichten „materieller Art": Kasuistik 205
I. EMRK 205
1. Rechtsprechung 205
a. Art. 1 EMRK (Allgemeine Gewährleistungspflicht) 206
b. Art. 2 EMRK (Recht auf Leben) 207
c. Art. 3 EMRK (Verbot der Folter) 209
d. Art. 4 EMRK (Verbot der Sklaverei und der Zwangsarbeit) 217
e. Art. 5 EMRK (Recht auf Freiheit und Sicherheit) 217

f. Art. 6 und 7 EMRK (Recht auf faires Verfahren, *nulla poena*) ... 218
g. Art. 8 EMRK (Recht auf Achtung des Privat- und Familienlebens) ... 218
h. Art. 9 EMRK (Religions- und Gewissensfreiheit) ... 222
i. Art. 10 EMRK (Meinungsäußerungsfreiheit) ... 223
j. Art. 11 EMRK (Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit) ... 224
k. Art. 12 EMRK (Recht auf Eheschließung) ... 228
l. Art. 13 EMRK (Recht auf wirksame Beschwerde) ... 228
m. Art. 14 EMRK (Diskriminierungsverbot) ... 228
n. Art. 2 S. 1 des 1. ZP. zur EMRK i. V. m. Art. 1 EMRK (Recht auf Bildung) ... 228
o. Sonstige ... 230
2. Stellungnahme, insbesondere auch zu den Folgen für die völkerrechtliche Schutzpflichtendogmatik ... 231
II. IPbpR ... 235
1. Spruchpraxis ... 235
a. Art. 2 Abs.1, 2 und 3 Ziff. a) IPbpR (Allgemeine Gewährleistungspflicht) ... 235
b. Art. 6 Abs. 1 IPbpR (Recht auf Leben) ... 235
c. Art. 7 IPbpR (Verbot der Folter) ... 237
d. Art. 8 IPbpR (Verbot der Sklaverei, der Leibeigenschaft und Zwangsarbeit) ... 238
e. Art. 9 bis 11 IPbpR (Rechte auf Freiheit und Sicherheit) ... 239
f. Art. 14 und 15 IPbpR (Justizgrundrechte, *nulla poena*) ... 240
g. Art. 17 IPbpR (Recht auf Achtung der Privatsphäre, Familie und Wohnung etc.) ... 240
h. Art. 19 IPbpR (Meinungs-, Meinungsäußerungs- und Informationsfreiheit) ... 241
i. Art. 20 Abs. 1 IPbpR (Verbot der Kriegspropaganda) ... 241
j. Art. 23 IPbpR (Vereinigungsfreiheit) ... 242
k. Art. 24 IPbpR (Schutz des Minderjährigen) ... 242
l. Art. 27 IPbpR (Minderheitenschutz) ... 242
2. Stellungnahme, insbesondere auch zu den Folgen für die völkerrechtliche Schutzpflichtendogmatik ... 243
III. AMRK ... 244
1. Rechtsprechung und sonstige Spruchpraxis ... 244

a. Art. 1 Abs. 1 AMRK (Allgemeine Gewährleistungspflicht) ... 244
b. Art. 4 Abs. 1 AMRK (Recht auf Leben) ... 244
c. Art. 5 Abs. 1 AMRK (Recht auf menschenwürdige Behandlung) und Art. 5 Abs. 2 S. 1 AMRK (Verbot der Folter) ... 247
d. Art. 7 AMRK (Recht auf persönliche Freiheit) ... 248
e. Art. 8 bis 10 AMRK (Recht auf faires Verfahren etc.) ... 248
f. Art. 13 AMRK (Gedanken- und Meinungsäußerungsfreiheit) ... 248
g. Art. 25 AMRK (Rechtsschutzgarantie) ... 249
2. Stellungnahme, insbesondere auch zu den Folgen für die völkerrechtliche Schutzpflichtendogmatik ... 249
IV. Schutzpflichten im Sonderstatus ... 251
E. Schutzpflichten im Bereich von Verfahren und Organisation ... 252
I. „Selbstständige", ausdrücklich geregelte Verfahrensrechte ... 252
II. „Unselbstständige" verfahrensrechtliche Elemente materieller Normen ... 253
1. Straßburger Rechtsprechung zu verfahrensrechtlichen Elementen ... 255
a. Art. 2 EMRK ... 255
b. Art. 3 EMRK ... 260
c. Art. 5 EMRK ... 261
d. Art. 8 EMRK ... 262
2. Ansätze in der übrigen Spruchpraxis ... 263
3. Verhältnis von aus „selbstständigen" Verfahrensrechten folgenden Pflichten zu „unselbstständigen" verfahrensrechtlichen Elementen (Schutzpflichten) ... 265
4. Zusammenfassung und Bewertung verfahrensrechtlicher Elemente als Teil der Schutzpflichtendogmatik ... 267
F. Zu der Möglichkeit staatlicher Schutzpflichten bei jedem Menschenrecht ... 271
G. Folgen der Ergebnisse dieses Kapitels für die Untersuchung in Kapitel 5 ... 273

Kapitel 5. Rechtsfindungsmethodik auf der Rechtsfolgenseite ... 275

A. Einführung ... 275
B. Ermessen ... 275

I. Ermessensspielraum: Unterscheidung von Entschließungs- und Auswahlermessen ... 275
II. Grenzen ... 278
III. Kontrolle und Ermessensfehler ... 279
1. Kontrolle ... 279
2. Mögliche Ermessensfehler ... 280
3. Sichtweise *ex-ante* und Betrachtung *ex-post* ... 283
C. Ermessensausübung durch Abwägung ... 283
I. Abwägung ... 283
II. Einzustellende Belange ... 284
III. Kriterien zur Gewichtung von Belangen im Rahmen der Abwägung ... 284
1. Beeinträchtigte Rechte des Opfers ... 284
a. Bedeutung und „Sicherheitsempfindlichkeit" des zu schützenden Rechts ... 284
b. Beeinträchtigung des Kern- oder Randbereichs eines Rechts (Intensität) ... 286
c. Gewichtung nach der Art der Rechtsbeeinträchtigung (Gefahr oder Verletzung) ... 287
d. Rechtswidriges und strafbares Vorverhalten des Opfers („Verletzung einer Obliegenheit") ... 288
e. Verhinderungsmöglichkeit und -wille des Opfers (*volenti non fit iniuria*) ... 288
f. Zusätzlicher Kausalbeitrag eines Staates ... 289
g. Schaden als Gewichtungskriterium? ... 290
2. Entgegenstehende Rechte Dritter ... 290
3. (Gegenläufige) Allgemein- bzw. Staatsinteressen ... 290
a. Allgemeininteressen ... 290
b. Staatsinteressen ... 291
4. Berücksichtigung von Schrankenvorbehalten der Menschenrechte ... 291
IV. Abwägungsvorgang ... 292
1. Grundsatz: „Vernünftiger Ausgleich" und „vernünftiges Abwägungsergebnis" ... 292
2. Abwägung durch das Herstellen von „praktischer Konkordanz" ... 294
a. Begriff ... 294
b. Praktische Konkordanz bei kollidierenden Menschenrechtspositionen ... 295
c. Ausgleich gegenläufiger Allgemein- und Staatsinteressen eines Konventionsstaats mit Schutzrechten ... 297

3. Ausgleich kollidierender Interessen von Drittstaaten mit Schutzrechten ... 298
V. Ermessensgrenzen ... 299
1. Ermessensreduzierung „auf Null“ ... 299
2. Ermessensreduzierung entsprechend der Art der staatlich geschuldeten Maßnahme? ... 303
3. Schrankenvorbehalte ... 305
4. Der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit ... 305
a. Der Grundsatz ... 305
b. Verhältnismäßigkeitsgrundsatz: Implikation durch Normstruktur und -zugehörigkeit ... 306
c. Begriff und Definition(en) ... 307
d. Bedeutung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit im Bereich der Menschenrechte ... 308
e. Verhältnismäßigkeit bei Schutzrechten: Das Untermaßverbot ... 309
aa. Legitimer Zweck ... 309
bb. Auswahl möglicher Förderungshandlungen ... 310
cc. Geeignetheit ... 310
dd. Erforderlichkeit ... 311
ee. Angemessenheit (Verhältnismäßigkeit „i. e. S.“) ... 311
(1) Anwendbarkeit dieses Prüfungspunkts im Bereich der Menschenrechte ... 311
(2) Inhalt ... 312
ff. Keine Verpflichtung zur Vornahme bestimmter Maßnahmen, „Untermaßgebot“ ... 314
f. Zur Bedeutung des *fair-balance-Tests* des EGMR ... 315
5. Wesensgehaltsgarantie ... 316
D. Allgemeine Grenzen völkerrechtlicher Schutzpflichten ... 317
I. Keine absolute Verhinderungspflicht (Restrisiko, allgemeines Lebensrisiko) ... 317
II. Keine staatliche Erfolgsverhinderungsgarantie bzw. Erfolgsgarantie ... 319
III. Keine Pflicht zur Vornahme bestimmter Maßnahmen ... 320
IV. Entfall der Schutzpflicht bei Missbrauch ... 320
V. Grenze tatsächlicher und rechtlicher Unmöglichkeit ... 321
1. Faktische Unmöglichkeit ... 321
a. Begriff und Inhalt ... 321
b. Grenze der finanziellen Leistungsfähigkeit eines Staates ... 322
c. Kapazitäten für den Notfall ... 323

2. Rechtliche Unmöglichkeit ... 323
a. Begriff und Inhalt ... 323
b. Behandlung von entgegenstehendem nationalen Recht ... 324
VI. Grenze des Überobligatorischen ... 324
VII. Treu und Glauben ... 325
VIII. Einwand der Erfüllung ... 325
E. Das mögliche Maß an Schutz – Einzelfragen ... 325
I. Schutzpflichten: Nur positives Tun oder auch Unterlassen? ... 325
II. Das Spektrum möglicher Maßnahmen von präventiv bis repressiv ... 326
1. Präventive Maßnahmen ... 327
2. Repressive Maßnahmen ... 328
III. Das Mindestmaß an Schutz („Minimalanforderungen“) ... 330
IV. Keine Verpflichtung zur Vornahme bestimmter Handlungen ... 335
V. Handlungs- oder Erfolgsgarantie? ... 335
VI. Bezugspunkte zur Entscheidung über den Umfang staatlicher Schutzpflichten ... 337
1. Stufung gemäß der Bedeutung des Rechts ... 337
2. Stufung aufgrund der Schwere der Rechtsbeeinträchtigung (Kern- oder Randbereich) ... 339
3. Stufung anhand der Art der Rechtsbeeinträchtigung (Gefahr oder Verletzung) ... 339
4. Stufung nach der Wirkung des jeweils eingesetzten Mittels ... 339
5. Stufung bei Schrankenvorbehalten ... 340
6. Berücksichtigung von Schutzaufträgen ... 340
7. Stufung bei *volenti non fit iniuria* und rechtswidrigem Vorverhalten des Opfers ... 340
8. Stufung unter Berücksichtigung von staatlichen Kausalbeiträgen ... 341
9. Zusätzliche Schadensersatz- und Entschädigungspflicht in Fällen (im)materieller Schäden ... 341
VII. Einzelanforderungen an die drei Gewalten ... 342
1. Legislative ... 343
2. Exekutive ... 350
3. Judikative ... 352

Kapitel 6. Prozessuale Fragen 355
A. Einleitung 355
B. Rechtsschutz 356
I. Rechtsschutzformen 356
II. Mögliche Rechtsmittel von EMRK, IPbpR und AMRK 356
1. Rechtsmittel der EMRK 356
2. Rechtsmittel des IPbpR 357
3. Rechtsmittel der AMRK 357
C. Fragen der Durchsetzung von Schutzrechten 358
I. Beschwerdebefugnis (*ius standi*) 358
1. Staaten (Heimatstaat des Opfers) 359
2. Staatengemeinschaft (*erga omnes*) 359
3. Sonstige Konventionsorgane 361
4. Individuen (Opfer) 361
a. EMRK 362
b. IPbpR 362
c. AMRK 363
d. Besonderheiten bei der Geltendmachung verfahrensrechtlicher Elemente (Schutzpflichten) 363
II. Subjektives Recht auf Einhaltung von Schutzrechten (Schutzanspruch) 363
1. Problemaufriss 363
2. Voraussetzungen zur Entstehung eines Schutzanspruchs 364
a. Staatliche Rechtspflicht 365
b. Drittrichtungscharakter von Schutzrechten 365
c. Rechtsmittel Individualbeschwerde 366
d. Individuen als Völkerrechtssubjekte 366
e. Zwischenergebnis 367
3. Anspruchsinhalt 367
a. Anspruch auf Einhaltung von Schutzpflichten schlechthin 368
b. Kein Anspruch auf Vornahme einer bestimmten Schutzpflichtmaßnahme 368
D. Behandlung mehrerer Menschenrechtsverletzungen in einem Verfahren 368
E. Beweisprobleme und ihre Lösungen 370
I. Einleitung 370
1. Beweisprobleme und Beweisregeln 370
2. Beweislast und Amtsermittlung 372

3. Staatliche Mitwirkungspflicht – Fehlende Mitwirkungspflicht als Argument für staatliche Verantwortlichkeit 374
II. Ansätze zur Lösung von Beweisproblemen 375
1. Vor einer Beweiserhebung: Durch schlüssigen Vortrag und fehlende Erheblichkeit einer Erwiderung 376
a. Grundsatz 376
b. Stellungnahme 379
2. Beweiserleichterungen im Rahmen der Beweiserhebung 380
a. Grundsatz: Volle richterliche Überzeugung 380
b. Überzeugungsbildung durch Vermutungen 381
aa. Indizienbeweis durch allgemeine Staatenpraxis ... 381
(1) Grundsatz 381
(2) Stellungnahme 382
(3) Zur universellen Übertragbarkeit der Beweisregel 383
bb. Anscheinsbeweis 383
(1) Grundsatz 383
(2) Stellungnahme 384
(3) Zur universellen Übertragbarkeit 385
3. Möglichkeiten der Überwindung von Beweisfälligkeit nach erfolgloser Beweisaufnahme 385
a. Feststellung der Verletzung eines verfahrensrechtlichen Elements 386
b. Feststellung der Verletzung von Schutzpflichten „materieller Art“ 386

Teil 4. Ergebnisse der Untersuchung und Schlussbetrachtung 389

A. Ergebnisse der Untersuchung (Teile 2 und 3) 389
I. Ergebnisse zu Teil 2: (Normstruktur völkerrechtlicher Schutzrechte) 389
II. Ergebnisse zu Teil 3: Schutzpflichten im Völkerrecht – Darstellung anhand ausgewählter Menschenrechts-verträge 393
1. Einführung in die Problematik des dritten Teils 393
2. Kapitel 1: Grundlagen und allgemeine Lehren 393
3. Kapitel 2: Rechtsgrund völkerrechtlicher Schutzrechte 397

4. Kapitel 3: Tatbestandsvoraussetzungen völkerrechtlicher Schutzrechte 401
5. Kapitel 4: Schutzpflichten – Eine Bestandsaufnahme der menschenrechtlichen Spruchpraxis (Kasuistik) 410
6. Kapitel 5: Rechtsfindungsmethodik auf der Rechtsfolgenseite 416
7. Kapitel 6: Prozessuale Fragen 421
B. Schlussbetrachtung 425

Summary 437

Literaturverzeichnis 439

Sachregister 471

http://www.springer.com/978-3-642-27942-3

Schutzpflichten im Völkerrecht – Ansatz einer Dogmatik
Ein Beitrag zu Grund, Inhalt und Grenzen der völkerrechtlichen Schutzpflichtendogmatik im Bereich konventionell geschützter Menschenrechte

Stahl, S.

2012, XXX, 505 S., Hardcover
ISBN: 978-3-642-27942-3